

Regionale Zusammenarbeit statt Kantonsfusion

Hans Rudolf Gysin strebt per Initiative eine Kooperation von Baselland, Basel-Stadt, Aargau, Solothurn und Jura an

Von Thomas Gubler

Liestal. Die Überraschung ist ihm gelungen. Während sich die politische Aufmerksamkeit im Sommerloch auf den für Anfang August geplanten Start zur Unterschriftensammlung für die Fusionsinitiative in Stadt und Land konzentrierte, lancierte Hans Rudolf Gysin gestern Mittwoch eine «Zusammenarbeits-Initiative». Der Baselbieter alt Nationalrat und Noch-Direktor der Wirtschaftskammer will mit dem kantonalen Volksbegehren die Zusammenarbeit unter den Nordwestschweizer Kantonen intensivieren. Zudem sollen die Behörden des Kantons Baselland verpflichtet werden, auf zwei Basler Vollkantonen hinzuwirken.

Das Anstreben eines Vollkantons allein wäre sicher keine neue Initiative wert, weil das Anliegen bereits in der geltenden Kantonsverfassung steht. Neu ist aber, so Hans Rudolf Gysin, dass die heute in der Hauptsache auf Basel-Stadt begrenzte Zusammenarbeit auf die Kantone Aargau, Solothurn und Jura ausgedehnt werden soll. «Wir haben mit Brief vom Dienstag alle Regierungs- und Parlamentsmitglieder der jeweiligen Kantone darüber informiert», erklärt Gysin. Beim Anliegen Vollkanton beziehungsweise zwei Ständeratssitze gehe es im Wesentlichen um eine Anpassung an die neue Bundesverfassung, in der nicht mehr von Halbkantonen, sondern von Kantonen mit einer Ständesstimme die Rede ist. «Die

geltende Formulierung in der Kantonsverfassung ist daher veraltet», erklärt er. Zudem werden auch für Basel-Stadt zwei Ständeräte gefordert.

Umsetzung rascher möglich

Der alt Nationalrat sieht in seiner Zusammenarbeits-Initiative «weder einen Gegenvorschlag noch eine Gegeninitiative zur Wiedervereinigungs- oder Fusionsinitiative und auch kein Mittel zur Verhinderung eines Kantons Nordwestschweiz», sondern ein Mittel zur Beschleunigung der Kooperation. Denn im Gegensatz zu einem Fusionsprozess oder zur Schaffung eines Kantons Nordwestschweiz sei eine Kooperation unter den fünf Nordwestschweizer Kantonen viel rascher möglich. «Unser Anliegen kann schnell umgesetzt werden», ist Gysin überzeugt.

Ursprünglich beabsichtigt und im Frühling 2011 auch angekündigt war jedoch eine eidgenössische Volksinitiative, um Basel-Stadt und Baselland zu jeweils zwei Vollkantonen aufzuwerten. Davon ist Hans Rudolf Gysin aber zumindest vorderhand abgekommen. Der erste Anlauf sei möglicherweise zu wenig breit abgestützt gewesen. Jetzt wolle man sich zuerst auf die kantonale Ebene konzentrieren. Einem Verzicht auf eine eidgenössische Volksinitiative komme das aber nicht gleich. «Aufgeschoben ist nicht aufgehoben», sagt Gysin.

Dessen Vorhaben war vor gut einem

Jahr allerdings auch in der Region auf Skepsis gestossen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil im Jahr 2001 der Nationalrat eine Parlamentarische Initiative von Claude Janiak (SP), welche die Aufwertung der beiden Basel zu vollen Ständen zum Ziel hatte, abgelehnt hatte. Das föderalistische Gleichgewicht gehe vor, wurde geltend gemacht. Und die überproportionale Bevölkerungszunahme vor allem im Kanton Baselland liessen die Nationalräte als Argument nicht gelten.

SP-Landrat Schweizer macht mit

Zu den Erstunterzeichnern der Initiative gehören neben Gysin, der das Begehren ausdrücklich nicht als eines der Wirtschaftskammer bezeichnet, Dany G. Waldner, die Nationalräte Caspar Baader und Thomas de Courten (beide SVP), FDP-Nationalrätin Daniela Schneeberger, alt CVP-Nationalrat Walter Jermann, alt CVP-Landrat Remo Franz und SP-Landrat Hannes Schweizer aus Titterten. Er habe sich das lange überlegt, sagt Schweizer. «Doch wenn sich rechtsbürgerliche Kreise für eine verstärkte Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz stark machen, dann sehe ich nicht ein, warum ich das nicht unterstützen soll.» Zudem, so Schweizer, verbaue diese Initiative nichts.

Und vielleicht bleibt der SP-Landrat ja auch nicht der einzige Linke im Lager. Gysin will nämlich das Initiativkomitee so schnell wie möglich politisch noch breiter abstützen.

«Diese Aktion ist eine Nebelpetarde»

Grünen-Politiker Klaus Kirchmayr ist einer der Kritiker von Gysins Initiative – andere finden sie gut

Von Martin Brodbeck und Markus Vogt

Liestal/Basel. Die Gysin-Initiative löst bei Baselbieter Politikern höchst unterschiedliche Reaktionen aus. SP-Landrat Ruedi Brassel hat nur Spott übrig. Das

sei eine «Insbesondere»-Initiative. Denn alles was sonst darin stehe, sei in der Baselbieter Verfassung bereits verankert. FDP-Fraktionschef Rolf Richterich hingegen ist überzeugt, dass die gestern angekündigte Initiative die «richtige

Stossrichtung» vorgebe. Wer für die Fusionsinitiative und gegen die Zusammenarbeitsinitiative sei, sei ein «Fundü», meint der FDP-Politiker.

Doch für Klaus Kirchmayr, Fraktionschef der Grünen, ist die Zusammen-

arbeitsinitiative «extrem unglaubwürdig». Er sei erstaunt, dass just jene politischen Kreise, die «seit Jahren gegen die Weiterentwicklung der Partnerschaft sind, eine solche Initiative lancieren.» Diese politische Aktion sei «eine Nebelpetarde, um das Volk zu verunsichern.» Dennoch ist Kirchmayr überzeugt, dass sich «das Volk nicht für dumm verkaufen» lasse. Die Fusionsinitiative werde durch dieses Vorgehen nicht geschwächt. Kirchmayr kritisiert zudem, dass die Gysin-Initiative nur von Baselbieter Politikern lanciert wurde: «Es hat keinen einzigen Vertreter eines anderen Nordwestschweizer Kantons dabei – das ist der reinste Hohn.» Ruedi Brassel spricht sogar von einer «bigotten Angelegenheit», weil sie von jenen Kreisen stammt, welche «die Zusammenarbeit torpedieren». Die Initiative könne sehr wohl bei einem Teil der Wählerschaft für Verwirrung sorgen und der Fusionsinitiative schaden, glaubt Brassel. Auch die Vereinigung für eine Starke Region Basel/Nordwestschweiz ist überzeugt, dass das von Gysin lancierte «Konkurrenzprodukt» just den Zusammenschluss, der eine Voraussetzung für einen Kanton Nordwestschweiz sei, verhindern wolle.

SVP-Parteipräsident Oskar Kämpfer spricht denn auch von einem «ganz wichtigen Schritt auf dem Weg, um die Fusionsinitiative zu bodigen». Darum unterstütze ihn die SVP Baselland. Die Fusionsinitiative sei zu baselorientiert, kritisiert Kämpfer, die Zusammenar-

beits-Initiative wolle jedoch alle Nordwestschweizer Kantone einbeziehen. Dieser «pragmatische Weg» sei richtig.

Stadtbasler ziehen Fusion vor

Zurückhaltend, aber sichtlich irritiert kommentiert Daniel Stolz, Präsident der Basler Freisinnigen, die neue Gysin-Initiative. Der Titel «Zusammenarbeits-Initiative» sei «speziell». Wenn Baselland einen solchen Zusammenarbeits-Paragrafen in seine Verfassung schreiben wolle, könne man nichts dagegen haben, auch wenn es nichts ändere. Was dies allerdings mit der Ständesstimme der beiden Basel in Bern zu tun habe, sei ihm schleierhaft. Bisher seien alle Bemühungen, die Ständesstimmen der beiden Basel zu verdoppeln, am Nein der Romandie gescheitert. «Mit einem fusionierten Kanton Basel erlangen wir viel grössere Vorteile, als wenn beide Basel je zwei Ständeräte erhielten», denkt Stolz.

SP-Präsident Martin Lüchinger sieht in der neuen Initiative aus dem Hause Gysin die klare Antwort auf die Fusionsinitiative: «Damit beziehen die Fusions-

gegner Stellung mit wirkungslosen Absichtserklärungen.» Gegen mehr Zusammenarbeit könne ja niemand im Ernst etwas sagen. Eher chancenlos sei das Verlangen, den beiden Basel je zwei Ständeräte zu geben. Statt eine solche Initiative auf Verfassungsebene zu lancieren, hätte sich Gewerbedirektor Hans Rudolf Gysin gescheiter darum bemüht, die Zusammenarbeit der Wirtschaftsverbände über die Grenzen zu verbessern, fügt Lüchinger noch an.

«Gegen mehr Zusammenarbeit ist ja nichts einzuwenden», sagt SVP-Präsident Sebastian Frehner. Aber: «Die Fusion von Stadt und Land ist wichtiger, sie hat für mich Vorrang.» Sollte dieses Ziel nicht erreichbar sein, müsse man die zweitbeste Lösung anstreben – dann wären zwei Ständeräte eine Option.

«Die Idee, die beiden Basel zu Vollkantonen aufzuwerten, hat in der Bundesversammlung keine Chance», sagt CVP-Präsident und -Nationalrat Markus Lehmann. Was Gysin mit seiner Initiative vorlege, sei «die alte Leier» und enttäuschend: «Da werden Abwehrreflexe aufgebaut, bevor etwas geschehen ist.»

«Das ist eine unnötige Initiative»

Elisabeth Schneider sagt Nein

Von Thomas Gubler

Liestal/Bern. Für CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider ist Hans Rudolf Gysins Zusammenarbeits-Initiative eine Antwort auf die Fusionsinitiative zu einem geschickt gewählten Zeitpunkt. Der Zielrichtung des Begehrens kann Elisabeth Schneider, welche die Fusionsinitiative unterstützt, nicht viel abgewinnen.

BaZ: Frau Schneider, was halten Sie von Hans Rudolf Gysins Zusammenarbeits-Initiative? Braucht es diese?

Elisabeth Schneider:

Nein, es braucht sie nicht. Eine Vollkantonlösung ist für Baselland und Basel-Stadt der falsche Weg. Wir brau-



chen keine kleinräumigeren Strukturen, sondern grossräumigere und effizientere, um die politische Schlagkraft der Region Nordwestschweiz in Bundesbern zu erhöhen.

Aber Zusammenarbeit ist doch grundsätzlich nichts Negatives?

Dafür brauchen wir aber keine zusätzliche Verfassungsbestimmung. Wir haben heute schon eine intensive Zusammenarbeit vor allem mit Basel-Stadt, aber auch mit anderen Kantonen. Aber jeder Zusammenarbeitsvertrag ist immer auch eine grosse Hürde und nicht immer effizient.

Sie werden also diese Initiative nicht unterstützen?

Nein. Für mich ist der richtige Weg die Fusion oder Wiedervereinigung von Basel-Stadt und Baselland als erster Schritt in Richtung eines Kantons Nordwestschweiz.

Die Initiative wurde ein paar Tage vor dem Start zur Unterschriftensammlung zu den Fusionsinitiativen lanciert. Sehen

Sie da einen Zusammenhang?

Ich glaube kaum, dass der Zeitpunkt zufällig gewählt wurde. Hans Rudolf Gysin ist ein zu guter und gewiefter Politiker, als dass er etwas dem Zufall überlässt. Für ihn geht es darum, den Fusionsinitiativen eine eigene Antwort zu erteilen. So kann er sagen, dass es die Fusion nicht braucht, weil sich die erwünschten Verbesserungen in der Partnerschaft auf diesem Weg erreichen lassen.

Hat die Idee einer Aufwertung der Halbkantone beziehungsweise der Kantone mit halber Ständesstimme zu Vollkantonen auf eidgenössischer Ebene überhaupt eine Chance?

Absolut nicht. Die eidgenössische politische Raumplanung geht in eine ganz andere Richtung. Man spricht inzwischen von sechs oder neun Grosskantonen und nicht von einer weiteren Aufteilung der kleinräumigen politischen Regionen.